



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2006/2009
15. Sitzung	Donnerstag, 12. März 2009 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Andreas Schweizer, Präsident
Protokoll	Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Lisa Dikk Denise Hunziker
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt	Michael Brandmeier Erich Gutknecht Eva Eliassen Manuel Tejero
Ende der Sitzung	21.10 Uhr

Behandelte Geschäfte	Seite
1 2009/128 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	366
2 2009/129 Inpflichtnahme Sabina Gadiant, Kirchdorf (FDP) als Mitglied des Einwohnerrates	368
3 2008/119 Bericht der Kommission für die Überprüfung der Gemeindefinanzen (Motion von Linus Egger zur Sanierung des Finanzhaushaltes)	368

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüsse Sie zur ausserordentlichen Sitzung. Gemäss Paragraph 6c unseres Geschäftsreglementes wird auf Begehren eines Fünftels der Mitglieder des Einwohnerrates unter Angabe der Gründe eine Sitzung einberufen. Unter Führung der FDP ist dieses Begehren zustande gekommen. Die Forderung lautete: Im ersten Quartal dieses Jahres soll eine ausserordentliche Sitzung zu den Gemeindefinanzen stattfinden. Diese Sitzung findet heute statt mit dem einzigen Traktandum Gemeindefinanzen.

Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates, die Vertreter der Presse und die Gäste. Bei meiner Begrüssung gibt es heute einiges zu sagen unter dem Stichwort Personelles. Max Läng, Marie-Louise Nussbaumer und Eva Eliassen, welche leider heute krank ist, wurden am vergangenen Sonntag mit sehr guten Resultaten wieder in den Grossen Rat gewählt. Diese Verbindung zur Gemeindepolitik ist wichtig. Ich gratuliere ihnen - sicher auch im Namen der Anwesenden - ganz herzlich und wünsche ihnen viel Erfolg in Aarau.

Zum ersten Mal in offizieller Funktion ist Stefan Ackermann, der stellvertretende Gemeindevizeiter, anwesend. Stefan Ackermann hat in verschiedenen Gemeinden gearbeitet, zuletzt als Stellvertreter des Gemeindevizeiters in Staufen. Ich möchte ihn hier ganz herzlich begrüssen und hoffe, dass es ihm bei uns gefällt. Ich wünsche ihm viel Erfolg und Befriedigung bei seinen neuen Aufgaben. Seine Vorgängerin, Natalie Sandmeier-Märki, hat am 16. Januar einen Lionel Marc geboren. Ich gratuliere ihr von hier aus herzlich und wünsche ihr alles Gute.

Besonders begrüssen möchte ich Peter Marten. Er hat bekanntlich das Präsidium der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe Finanzen übernommen. Er wird über die Kommissionsarbeit berichten. Ich danke ihm für seinen grossen Einsatz schon zum Voraus.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende vier Personen entschuldigt: Michael Brandmeier (FDP), Erich Gutknecht (FDP), Eva Eliassen (SP) und Manuel Tejero (CVP). Es sind damit 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt damit 18.

Zur Traktandenliste: Ich frage Sie an, ob Sie mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden sind.

Das Wort wird nicht verlangt.

1 2009.128 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Andreas Schweizer: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 12. Januar 2009 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 4. Dezember 2008, in Rechtskraft erwachsen: Verlängerung der Pilotphase für die definitive Weiterführung Jugendnetz bis 31. Dezember 2009 mit Kosten von Fr. 10'500.-- für eine externe Evaluation und die Kreditabrechnung Sanierung Rainstrasse West (Strasse, Wasser, Abwasser).

Vor wenigen Tagen ist in unserer Gemeinde eine 16-jährige Frau auf brutale Weise umgebracht worden. So etwas passiert sonst in Krimis. Plötzlich geschieht es mitten unter uns – in Rieden, in Obersiggenthal. Wir sind fassungslos und betroffen. Inmitten der vielen Blumen und Kerzen an der Landstrasse 33 habe ich folgenden Abschiedsbrief gelesen, der mich sehr berührt hat: "Du bist nicht allein, auch wenn in diesen schweren Stunden unser Trost darin besteht liebevoll zu schweigen und schweigend mitzuleiden". Zum gleichen Thema hat der Gemeindeammann Max Läng eine Mitteilung.

Max Läng, Gemeindeammann: Sie konnten den Medien entnehmen, welch schreckliches Ausmass die Tat eines Bewohners unseres Dorfes angenommen hat. Gerade bei den Jugendlichen ist Schrecken und Trauer, aber auch Empörung festzustellen. Die Gemeinde hatte, mit Ausnahme der Anmeldung bei der Einwohnerkontrolle, keinen Kontakt mit dem Täter. Er ist im Oktober des vergangenen Jahres zugezogen. Trotzdem findet der Gemeinderat, dass dieses Ereignis eine derartige Bedeutung hat, dass der Bevölkerung die Möglichkeit zur stillen Trauer und Anteilnahme gegeben werden soll. Aus diesem Grund wird morgen in der Presse diese Mitteilung erscheinen, welche Sie auf Ihren Tischen vorfinden, nämlich der Aufruf zu einem Fackelzug am nächsten Sonntagabend.

Andreas Schweizer: Diese furchtbare Tat kann man nicht ungeschehen machen. Was wir im Moment können, ist das, was im Abschiedsbrief angetönt wurde, liebevoll zu schweigen. Ich bitte sie darum aufzustehen für eine Schweigeminute.

Die Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.

Andreas Schweizer: Das Thema unserer heutigen Sitzung hat schon im Vorfeld zu einigen Reaktionen geführt. Es sind bei uns zwei Stellungnahmen eingegangen: Die Geschäftsleiterin der Mütter- und Väterberatung des Bezirks Baden, Susanne Thebud, hat uns in einem Brief folgende Stellungnahme zukommen lassen: (Auszug aus dem Brief) *"Mit Bedauern habe ich den Vorschlag der Arbeitsgruppe Finanzen in der Aargauer Zeitung vom 27. Februar 2009 gelesen und möchte dazu in meiner Funktion als Geschäftsstellenleiterin der MVB Stellung nehmen. Die Elternbriefe der pro juventute werden seit vielen Jahren in sehr vielen Gemeinden kostenlos an ihre jungen Familien abgegeben und sind ein wertvoller Beitrag zur Elternbildung, Prävention und Gesunderhaltung der Eltern und Kinder. Dieses wird von den Eltern sehr geschätzt und als sehr unterstützend und hilfreich erlebt, wie die Mütterberaterinnen in Gesprächen mit den Familien immer wieder entnehmen können. Die Elternbriefe informieren sehr umfassend und detailliert über wichtige Entwicklungsschritte in den ersten Lebensjahren und geben viele wertvolle, fundierte Ratschläge und Unterstützung für das gesunde Familienleben."* Und am Schluss: *"Diese Möglichkeit sollten sie ihren jungen Familien zukünftig nicht vorenthalten und sie weiter durch die Abgabe der Elternbriefe unterstützen und wertschätzen."* Im Weiteren hat uns Barbara Jetzer-Enzmann, Nussbaumen, eine Stellungnahme mit 32 Unterschriften zukommen lassen. Sie lautet folgendermassen: *"Mit Bestürzung habe ich die AZ vom 23. Februar 2009 gelesen. Ich möchte Sie bitten an die Familien zu denken! Was nützt uns ein ausgefallener Kreiselschmuck, der alle paar Jahre ersetzt werden muss? Was nützt uns ein Kreisel mit Ampel, der unsere Gemeinde 1.5 Millionen Franken gekostet hat? Als Sparmassnahme dürfen unsere Kinder kein Jugendfest mehr feiern? Skilager, wo der Zusammenhalt, die sozialen und sportlichen Komponenten gefördert werden, sollen der Vergangenheit angehören? Begabte Kinder aus finanziell schwächeren Familien sollen auf die Musikschule verzichten müssen? Junge Eltern sollen nur noch die Möglichkeit haben, einmal wöchentlich die Mütter- und Väterberatungsstelle aufzusuchen? Ich habe mich immer auf die Elternbriefe gefreut und konnte dank ihnen auch Arztkosten sparen! Ich frage mich, ob in unserer Gemeinde tatsächlich am richtigen Ort gespart wird? Ich hoffe, dass diese Entscheide noch einmal überdacht werden, und im Sinne unserer Kinder und aus der Sicht unserer Jugend entschieden wird!"*

Neueingänge gibt es keine.

Das **Protokoll** der Sitzung vom 4. Dezember 2008 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von 10 Tagen sind dem Büro keine schriftlichen Änderungen beantragt worden, darum gilt es gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

2 2009.129 Inpflichtnahme Sabina Gadiant (CVP) als Mitglied des Einwohnerrates (für Stefan Drack)

Eintreten wird nicht bestritten.

Das neu gewählte Ratsmitglied wird vom Ratspräsidenten gemäss § 2, Ziffer 3 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates in Pflicht genommen. Der Ratspräsident heisst Sabina Gadiant im Rat herzlich willkommen.

3 2008.119 Bericht der Kommission für die Überprüfung der Gemeindefinanzen (Motion Linus Egger)

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Ich schlage Ihnen vor, das etwas ungewöhnliche Geschäft folgendermassen zu behandeln:

1. Der Präsident der Kommission, Peter Marten, wird anhand einiger Folien Bericht erstatten.
 2. Der Gemeindeammann wird kurz Stellung nehmen.
 3. Erfolgt eine allgemeine Aussprache durch Fraktionssprecher und Einzelvotanten.
 4. Wir gehen den Bericht durch. Bei den Anträgen (fett gedruckt) wird abgestimmt, auch wenn weitere Anträge zum Bericht gestellt werden.
 5. Zum Schluss wird über den gemeinderätlichen Antrag abgestimmt.
- Ist man mit diesem Vorgehen einverstanden?
- _____

Das Wort wird nicht verlangt.

Peter Marten: (am Hellraumprojektor) Zuerst möchte ich mich bedanken, dass Sie mir Gelegenheit gegeben haben, im Rahmen der Arbeitsgruppe kurz zum Bericht Stellung nehmen zu können. Ich werde den Bericht nicht in allen Details vorstellen, Sie haben ihn erhalten. Ich möchte lediglich auf gewisse Kernaussagen eingehen. Die Zielsetzung unserer Arbeitsgruppe, welche wir uns selber gegeben haben - wir hatten keine konkrete Zielsetzung vom Einwohnerrat - war, dem Einwohnerrat Vorschläge für mögliche Sparmassnahmen und Ertragssteigerungen zu unterbreiten. Basierend auf diesen Vorschlägen kann der Investitionsplan überarbeitet werden. Wir wollen auch aufzeigen, wie die möglichen Konsequenzen aus diesen Vorschlägen aussehen könnten, allenfalls auch ein Leistungsabbau. Die Arbeitsgruppe hatte einen relativ dicht gedrängten Zeitplan. Wir trafen uns am 8. Dezember zum ersten Mal und hatten aufgrund der Aktenabgabe bis Ende Januar rund sechs Wochen Zeit. In diesen sechs Wochen konnten wir uns, aus unserer Sicht, einen guten Überblick über die finanzielle Situation in verschiedenen Teilbereichen der Gemeinde verschaffen. Ich muss aber auch sagen, dass wir keine Tiefenprüfung gemacht haben. Eine Tiefenprüfung in dieser kurzen Zeit wäre schlichtweg nicht möglich gewesen, da wir alle nebenbei in irgend einer Art und Weise tätig sind. Wir konnten nicht sechs Wochen durchgehend arbeiten.

Wir bildeten Zweierteams und achteten darauf, dass die Teams parteilich gemischt sind und nicht aus zwei Finanzkommissionsmitgliedern bestehen. Die Zweierteams haben die ihnen zugewiesenen Teilbereiche geprüft und die Resultate endeten schliesslich in Empfehlungen oder Anträgen. Gemeindeammann Max Läng und Finanzverwalter Paul Meier haben uns unterstützt und sind Rede und Antwort gestanden, damit wir einen Schritt weiter gekommen sind. Ursprünglich haben wir uns das Ziel gesetzt, alle Dienstleistungen der Gemeinde zu prüfen. Das war nicht möglich. In der Arbeitsgruppe hatten wir ein sehr gutes Klima. Es wurden Sachdiskussionen und nicht ideologische oder Parteidiskussionen geführt. Wir durften weiter fest-

stellen, dass seitens des Gemeinderates, der Verwaltung und der Schule ein sehr grosser Goodwill vorhanden war. Wir wurden sehr gut unterstützt, unsere Anfragen, welche relativ knapp eingereicht wurden, sind rasch beantwortet worden. So konnten wir effizient arbeiten und den Zeitplan einhalten. Wir stellten fest, dass aus unserer Sicht bereits jetzt kostenbewusst und effizient gearbeitet wird. Das lässt sich auch anhand dieser Gemeindefinanzstatistik darlegen, welche Sie auf Ihren Tischen haben. Daraus ist ersichtlich, dass die Gemeinde Obersiggenthal im Ranking im Mittelfeld ist. Es ist allerdings gefährlich, eine einzelne Gemeinde herauszupicken um zu bewerten, ob eine Gemeinde schlechter oder besser ist. Um das im Detail machen zu können, müsste man die genauen Gemeindeverhältnisse prüfen (z.B. Zentrumsgemeinden, Grösse, Anzahl Einwohner, Bevölkerungsschichten, Infrastrukturen). Eine weitere Vorbemerkung: Wir durften zwei Feststellungen machen:

- Einsparungen führen zwangsläufig zu einem gewissen Leistungsabbau. Das ist aus den Unterlagen der Schulleitung relativ klar zum Ausdruck gekommen.
- Einsparungen können zu Kostenumlagerungen führen. Beispiel Schwimmunterricht: Wird dieser reduziert, muss man andere Schulen finden, welche die Lücken ausfüllen. Finden wir diese nicht, gibt es eine Kostenumlagerung, sprich weniger Einnahmen beim Schwimmbad.

Bemerkungen zu einzelnen Bereichen:

Allgemeine Verwaltung

Wir haben eine gute Ausgangslage in Obersiggenthal. Wir empfehlen, bei den Büromaterialien die Kosten um 5 % über alle Verwaltungsabteilungen, ohne das Schulmaterial, zu reduzieren.

Bildung

Wir gaben der Schulleitung den Auftrag, die Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wenn sie die Kosten um 5 % (Reduktion I im Bericht) und um 10 % reduzieren müssten (Reduktion II im Bericht). Basierend auf diesem Auftrag haben wir von der Schulleitung ein Resümee mit detaillierten Aufstellungen erhalten. In der Presse ist der Eindruck entstanden, dass diese Reduktionen vom Schulleiter empfohlen worden sind. Zur Klarstellung: Diese Reduktionen wurden insofern vorgeschlagen, als wir einen konkreten Auftrag erteilt haben. Wir sind der Meinung, dass die Inputs der Schulleitung und Schulpflege weiterverfolgt und geprüft werden sollten. Die Auswirkungen dieser Reduktionen sollten transparent dargelegt und erläutert werden.

Gesundheit

Wir sind der Meinung, wir sollten den Gemeinderat beauftragen, mit der Spitex das Gespräch zu suchen mit dem Ziel, die verrechenbaren Stunden erhöhen zu können.

Wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf: Sie werden beim Lesen des Berichts festgestellt haben, dass wir unsere Formulierungen - das ist mindestens mein Eindruck - sehr anständig formuliert haben, so dass der Bericht sachlich besprochen werden kann.

Verkehr

Bei der Verwaltungsabteilung Verkehr sind wir der Meinung, dass laufende Projekte zur Kostenstellenreduktion, insbesondere die Reduktion der Strassenbeleuchtung, weiterverfolgt werden sollten. Im Bereich öffentlicher Verkehr haben wir ein umfangreiches Monitoring gesehen, bzw. ist uns aufgezeigt worden. Wir sind der Meinung, dass dieses transparent gemacht und weiterverfolgt werden sollte, um die Kostenentwicklung im Griff zu haben.

Umwelt, Raumordnung

Wir sind der Meinung, dass bei der Abfallbewirtschaftung die Möglichkeit der zentralen Zusammenarbeit geprüft werden sollte. Anscheinend sind schon gewisse Bemühungen von Seiten der Verwaltung im Gange. Wir sehen, dass der Gemeinderat einen Vorstoss auf politischer Ebene in der Region Baden erwartet. Weiter sehen wir, dass ein allfälliges Submissionsverfahren für die Abfallentsorgung vorgezogen werden sollte.

Wenn man alle diese Vorschläge ansieht und durchgeht, stellt man sich natürlich die Frage, wo aus Sicht der Arbeitsgruppe Finanzen der Hebel angesetzt werden soll. Wir sehen folgende Schwerpunkte: Zum einen sind wir der Meinung, dass die Gemeinde versuchen könnte, mehr Einfluss in regionalen Verbänden zu nehmen. Mehr Einfluss heisst, die Gemeindevertreter müssen nach einem bestimmten Raster Bericht erstatten, was in diesen Verbänden läuft, und so dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, sagen zu können, welche Richtung oder welche Meinung sie von der Gemeinde Obersiggenthal in diesen Verbänden vertreten sollen. Im Weiteren sind wir der Meinung, dass vermehrt Kooperationen eingegangen werden sollten; nicht Zusammenarbeiten, aber Kooperationen mit Vertretern von anderen Gemeinden, um für die eigenen Vorstösse und eigenen Absichten der Gemeinde Obersiggenthal mehr Einfluss nehmen zu können. Ausserdem sind wir klar der Meinung, dass die Kommunikation in der Finanzpolitik als Ganzes in der Gemeinde Obersiggenthal verbessert werden sollte. Wir sehen als Massnahme ein Informationskonzept. Wir sind auch der Meinung, dass die Stimmbürger proaktiv, umfassend und transparent informiert werden sollen.

Über das Vollamt vom Gemeindeammann, sind wir der Meinung, sollte man jetzt die politische Diskussion starten. Die Massnahmen würden aber erst die Legislaturperiode 2014 betreffen. Damit bis dahin eine gewisse Planungssicherheit für mögliche Kandidaten/Kandidatinnen besteht, muss diese Diskussion in der nächsten Legislaturperiode geführt werden.

Wir haben festgestellt, dass aus unserer Sicht eine gewisse Unsicherheit in der Definition über den Investitionsplan besteht. Während er für die einen als "gottgegebene Investitionen, die so sein müssen" angesehen wird, ist er für andere ein Arbeitsinstrument. Wir wünschen uns, dass alle von der gleichen Ausgangslage ausgehen. Zudem hoffen oder empfehlen wir, dass unsere Anträge und Empfehlungen vertieft geprüft und im Budgetierungsprozess 2010 einfließen werden. Im Investitionsplan haben wir versucht herauszulesen, ob Investitionsspitzen oder Investitionsberge gebrochen werden können. Wenn man sie brechen würde, würde man damit erzielen, dass die Investitionen besser verteilt werden können und die Schulden kontrollierter anwachsen würden. Wir haben gewisse Verschiebungen vorgenommen; unter anderem haben wir die Schwimmbadinvestitionen aufgeteilt und ein wenig geschoben. Wir schlagen vor, den Kreisel Kirchdorf zurückzuschieben sowie auch das Kurtheater Baden, falls das nicht schon passiert ist.

Investitionen sollten unserer Meinung nach generell kritischer hinterfragt werden. Auch sollte die Beurteilung konsequenter sein: Was will man damit erreichen? Was will man damit bezwecken? Was sind die Konsequenzen? Wie sieht es aus mit der Verschuldung, die ansteigt? Wie sieht es aus mit den Schuldzinslasten, welche die Investition zur Folge hat?

Peter Marten zeigt Folien am Hellraumprojektor. Ich habe Ihnen den Finanzplan 2009/2013 aufgelegt, basierend auf dem Steuerfuss von 98 %, zum einen vor Verschiebung und Streichung von Investitionen, zum anderen nach Verschiebung oder Streichungen von Investitionen. Das Ergebnis von 2008 ist, soweit es uns bekannt ist, bereits eingeflossen. Man sieht hier relativ gut, dass man die Verschuldungsspitze brechen und nach hinten verschieben konnte.

Was sind unsere Wünsche? Zum einen wünschen wir uns, dass der Gemeinderat unsere Empfehlungen, welche wir als Empfehlung formuliert haben, prüft und dem Einwohnerrat und der Finanzkommission darüber Bericht erstattet, bzw. allenfalls mit der Finanzkommission vorbespricht, und empfiehlt, was will man, was kann man, was muss man umsetzen. Zum Anderen ist es ein Wunsch der Arbeitsgruppe - aber auch von mir - an die Einwohnerräte von Obersiggenthal, dass unsere Vorschläge sachlich und in Ruhe diskutiert und geprüft werden und dass man sich die Zeit nimmt, den Bericht zu lesen, und nicht einfach sagt, das geht nicht. Das waren meine Ausführungen in Kürze zu diesem Bericht. Danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Max Läng: Der Bericht ist im Sinne eines Prüfungsantrages an den Gemeinderat zu verstehen. Das gilt für alle von der Arbeitsgruppe formulierten Anträge und Empfehlungen und eventuellen Ergänzungen durch den Einwohnerrat. Wichtig scheint mir, dass heute keine materiellen

Entscheidungen getroffen werden können. Dies einfach darum, weil in dieser kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die Betroffenen nur zum Teil oder gar nicht angehört werden konnten und damit könnten Konsequenzen nicht oder nur zum Teil beurteilt werden. Das wird, wie das Peter Marten gesagt hat, wie üblich in der Budgetierungsphase mit der Finanzkommission, mit der Schule, mit der Verwaltung und mit dem Gemeinderat im Verlauf dieses Sommers passieren. Der Gemeinderat wird zu allen Anträgen und Empfehlungen mündlich oder schriftlich Stellung nehmen. Wesentlich ist für den Gemeinderat, dass heute am Ende dieser Sitzung ein Bericht vorliegt, welcher aussagt, was der Gemeinderat bis im Herbst prüfen soll. Zum Schluss noch eine Information zur Rechnung: Es wurde vorhin angetönt, das Rechnungsergebnis 2008 liegt seit rund zwei Wochen vor. Gegenüber dem Budget schliessen wir um 2.6 Millionen besser ab. Das gibt dem Gesamtplan eine bessere Ausgangslage.

Andreas Schweizer: Die Diskussion für die allgemeine Aussprache ist offen.

Lisa Dick: Die SVP-Fraktion dankt und würdigt den Schlussbericht dieser Arbeitsgruppe Finanzen. Dieses Ergebnis ermöglicht uns einen Einblick in zukünftige Geschäfte und allfällige Sparmöglichkeiten. Die Arbeitsgruppe hat in kurzer Zeit diesen Bericht verfasst, Sparmöglichkeiten empfohlen und diese übersichtlich dargestellt. Wir danken für diese Arbeit.

Dieter Martin: Die Arbeit dieser ausserordentlichen Arbeitsgruppe Finanzen ist aus Sicht der FDP-Fraktion, insbesondere im Hinblick auf die kurze Zeit, welche zur Verfügung stand, als ausgezeichnet zu bewerten. Die FDP-Fraktion unterstützt die meisten Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzen und wird zur Verstärkung vom Auftrag an den Gemeinderat zusätzlich beantragen, verschiedene der gemachten Empfehlungen in Anträge umzuwandeln. Ich möchte noch erwähnen, dass wir trotz dem viel besseren Abschluss als erwartet, was natürlich eine Entlastung ist, diese Sparübung durchführen müssen. Wenn man den Finanzplan ansieht: Gegen 2013 werden wir trotzdem eine Überschuldung von 36 Millionen haben. Ich denke, wir können froh sein, dass wir die 2 %ige Steuerfusserhöhung durchgebracht haben.

Josef Sieber: Die CVP ist zufrieden mit der Arbeit dieser Arbeitsgruppe und dankt für den Einsatz. Diese Motion von Linus Egger hat sich sicher gelohnt. Wir haben gute Resultate erhalten. Sie haben in sehr kurzer Zeit gezeigt, dass die Zitrone fast ausgepresst ist. Aber eben, nur fast. Wir haben nun mögliche Positionen, bei welchen man noch sparen könnte. Es liegt nun am Gemeinderat und der Verwaltung, die Vorschläge zu prüfen und allenfalls ins Budget einfließen zu lassen. Es sind sicher Spezialisten in der Verwaltung, die die Details bestens kennen und noch weitere Möglichkeiten finden werden. Sparen kann man aber nicht nur beim Budget, sondern auch bei den Investitionen. Hier sind auch wir, der Einwohnerrat, gefordert. Ich hoffe, dass das in den kommenden Sitzungen nicht vergessen geht. Zum Schluss noch: Wenn die Zitrone fast ausgepresst ist, und man drückt weiter, tut es weh. Will das die Bevölkerung? Die Steuern können wir nicht mehr erhöhen. Das haben wir bei der Abstimmung gesehen. Die 2 % sind wirklich nur hauchdünn genehmigt worden. Bei den Steuern können wir definitiv nichts mehr machen. Die Schulden wollen wir abbauen. Da sind wir uns einig. Im Finanzplan, welchen wir vorhin gesehen haben, steigen die Schulden noch immer an. Die Arbeit ist noch nicht fertig. Wir müssen also sparen. Und das Sparen geht kaum ohne dass es ein wenig weh tut. Wir sind also alle aufgefordert, Möglichkeiten zu suchen, ohne dass es zu fest weh tut.

Ueli Zulauf: Man spricht heute viel vom lebenslangen Lernen. Ich glaube, der Wert des Berichts, den wir heute diskutieren, besteht in der Hoffnung, dass er einen Lernprozess in Gang setzt. Der Rat hat auch in der letzten Budgetberatung eine ganze Kaskade von Sparanträgen behandelt. Die meisten sind abgelehnt worden, und in den früheren Jahren ist es ähnlich gelaufen. Hinter diesen Anträgen stand immer der Verdacht, dass es eigentlich noch ein riesiges Sparpotential gibt, dass die Zitrone noch lange nicht ausgepresst ist. Jetzt stellt eine repräsentative Auswahl unseres Parlamentes fest, dass unsere Verwaltung sehr kostenbewusst und effizient arbeitet und wenig Einsparpotential vorhanden ist. Ich hoffe, dass der Einwohnerrat im Hinblick auf die nächste Budgetberatung daraus etwas lernt.

Wenn meine Vorredner behauptet haben, dass hier Sparvorschläge unterbreitet werden, muss ich widersprechen: Das stimmt nicht. Es handelt sich nur um Prüfungsaufträge. Und diesen Prüfungsaufträgen stimmen wir selbstverständlich zu in der Hoffnung, dass lebenslanges Lernen auch wirklich lebenslang stattfindet. Wir haben unsere Meinung bereits Kund getan in der Presse: Wir werden uns einem Leistungsabbau energisch widersetzen. Insbesondere werden wir bei einer zentralen Aufgabe wie der Bildung beim Sparen nicht mitmachen. Und wir werden uns auch nicht scheuen, der Bevölkerung die Folgen von radikalen Einschnitten aufzuzeigen. Wie gesagt, wir finden den Bericht wertvoll. Die Prüfungsaufträge soll man durchführen. Dabei wird sich zeigen, wie gross das Sparpotential effektiv ist. Wenn das stimmt, was in dem Bericht steht, werden wir nicht viel zu sparen haben.

Dieter Lüthi: Ich habe ein ungutes Gefühl. Ich möchte den Bericht überhaupt nicht anzweifeln. Ich finde ihn gut und es ist richtig, dass man ihn gemacht hat. Aber ich bin gefrustet. Nicht wegen dem Bericht. Aber ich bin gefrustet als Einwohnerrat, als Vertreter der Bevölkerung dieser Gemeinde. Wir beschlossen im letzten Jahr das Budget 2007. Man hat damals gesagt, man muss den Steuerfuss erhöhen. Wir sind in hohem Bogen gefallen. Das Volk wollte das nicht. 2008 lagen Zahlen vor. Man hat aufgrund des Budgets den Steuerfuss erhöhen wollen. Mir haben die Zahlen eingeleuchtet. Man hörte dann im Oktober das erste Mal, es könnte sein, dass man etwa 700'000 Franken besser abschneidet als budgetiert. Dann haben wir gedacht, na ja, das geht ja noch. Und dann hört man nichts mehr. Der Steuerfuss geht rauf. Ich sagte hier, es müsste wirklich eine Informationspolitik vom Gemeinderat erfolgen, worin die Bevölkerung informiert wird, weshalb man die Steuern erhöhen muss. Man hat dann einfach ein Papier erhalten. Es sind kritische Leserbriefe geschrieben worden und ich muss sagen, diese Leserbriefeschreiber haben Recht bekommen. Das Budget wurde abgelehnt. Dann ging man über die Bücher und hat gesagt, ja, wir müssen trotzdem etwas machen. Man hat einer 2 %igen Steuererhöhung zugestimmt. Ich hatte auch das Gefühl, dass man etwas machen müsste, und noch vor der zweiten Abstimmung hört man schon durchs Buschtelefon, "jä, es chönnt au 2 Millione meh Stüüriinahme geh". Und jetzt sind es bereits 2.6 Millionen. Also da komme ich mir als Einwohnerrat verschaukelt vor und ich habe das Gefühl, wir sind nicht offen informiert worden wie es um die Finanzen steht. Ich kann einfach sagen, wenn wir das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen wollen - das haben wir nämlich weitgehend verloren, was man bei der zweiten Abstimmung, welche mit wenigen Stimmen durchgekommen ist, gesehen hat - dann müssen wir uns im Rat überlegen, was zu tun ist. Und den Gemeinderat bitte ich inskünftig offen zu informieren. Den Vorschlag der Arbeitsgruppe, das Informationskonzept zu verbessern und Stimmbürger wie auch Einwohnerrat umfassend und transparent zu informieren finde ich gut.

Andreas Schweizer: Gibt es zur allgemeinen Aussprache noch eine Wortmeldung? Dann lassen wir das so stehen und ich bitte sie, den Bericht aufzuschlagen. Wir gehen Kapitel für Kapitel durch und bestimmen über allfällige Anträge.

Beratung Ziffer 5.1. Allgemeine Verwaltung

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion stellt einen zusätzlichen

Antrag:

Aufgrund der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit wurde die Thematik Stellenplan, Einrichtungsplan und Gehaltsmanagement der Gemeindeverwaltung durch die Arbeitsgruppe Finanzen nicht analysiert. Um ein mögliches Potential in diesem Bereich feststellen zu können, beauftragt der Einwohnerrat den Gemeinderat für die Tiefenprüfung dieses Themenbereiches, eine Budgetposition für 2010 bereitzustellen.

Erich Schmid: Was ist ein Einreihungsplan?

Hans-Ulrich Schütz: Wenn man immer spart, sehe ich nicht ganz ein, weshalb es eine zusätzliche Budgetposition dafür braucht. Die Finanzkommission ist anwesend und hat die Möglichkeit, diese Tiefenprüfung ins Programm aufzunehmen. Ich würde ein sparsames Vorgehen empfehlen.

Andreas Schweizer: Jetzt ist immer noch die Frage vom Einreihungsplan offen. Hier könnte vielleicht jemand vom Gemeinderat kurz Antwort geben.

Max Läng: Dieter Martin müsste vielleicht präzisieren, was er genau meint.

Hans-Peter Uehli: Der Einreihungsplan ist eine Tabelle im Personalreglement, welche die einzelnen Funktionen in Lohnklassen einteilt.

Max Läng: Ich möchte das ergänzen. Das ist die Prüfung des Stellenplans pro Abteilung.

Dieter Martin: Somit kann man auch prüfen, ob irgendwelche Funktionen zusammengelegt werden könnten. Dort gibt es vielleicht auch Potential, welches nicht geprüft werden konnte. Die Vorgabe unserer Seite ist die Prüfung im Detail in diesem Bereich. Das war bisher nicht berücksichtigt. Aber wenn man schon sparen muss, dann soll man schon alles prüfen.

Max Läng: Vereinfacht gesagt: Pensenprüfung im Pensenplan. Wir haben einen Pensenplan.

Andreas Schweizer: Im Antrag steht noch etwas Zweites. Eines ist der Stellenplan und das Zweite ist das Einreihen; nämlich ob diese Leute am richtigen Ort, im richtigen Lohnband sind.

Erich Rinderknecht: Mit dem Stellenplan ist es nicht gemacht. Es geht auch darum, wo wir die einzelnen Positionen, zum Beispiel Chefbeamte oder andere Beamte, in diesem ganzen Lohnband einreihen. Das sollte man in unserer Gemeinde nicht einfach weiter laufen lassen, sondern ganz klar überprüfen. Wenn wir sparen wollen, dann müssen wir gegenüber der Bevölkerung ausweisen, dass es entweder korrekt ist oder dass Korrekturen vorgenommen werden müssen. Wir bitten euch, aufs Budget 2010 dies einzusetzen.

Andreas Schweizer: Wir werden über den Antrag abstimmen. Es ist inzwischen klar, was genau gemeint ist. Gibt es weitere Wortäusserungen?

Ueli Zulauf: Wollen wir Geld bewilligen, um diesen Prüfungsauftrag zu machen?

Andreas Schweizer: Jetzt wird nichts bewilligt.

Erich Rinderknecht: Eventuell kann das die Gemeinde nicht selber machen. Es braucht, wie wir es auch schon gemacht haben, eine Tiefenprüfung über die BDO-Visura. Dazu müssten wir eventuell einen Posten im Budget einfügen. Der Rat hat dann die Möglichkeit, darüber zu befinden. Wir machen das nicht heute. Sondern, der Gemeindeammann hat es ganz klar gesagt, erst an der Budgetberatung. Wir können vorgängig sagen, dass wir die Überprüfung wollen und der Gemeinderat diesen Posten im Budget einstellt, damit wir im Einwohnerrat dann das Recht haben, bei der Budgetierung darüber zu befinden. Jetzt wird kein Betrag gesprochen.

Andreas Schweizer: Es wird 2010 überprüft, aber wenn bei den Löhnen oder bei der Einreihung Anpassungen nötig sind, dann folgen diese später.

Andreas Schweizer: Inzwischen sind wir 36 Leute und das absolute Mehr ist 19.

Abstimmung

Antrag der FDP-Fraktion: Um ein mögliches Potential in diesem Bereich feststellen zu können, beauftragt der Einwohnerrat den Gemeinderat, für die Tiefenprüfung dieses Themenbereichs, eine Budgetposition für 2010 bereitzustellen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 24 Ja- zu 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

—
Ursula Spinnler: Es geht um die Teilzonenplanänderung/Gebührenordnung. Die FDP stellt folgenden

Antrag

Die Arbeitsgruppe Finanzen empfiehlt, die Überprüfung der bestehenden Gebührenordnung vorzuziehen, sollte sich die Teilzonenplanänderung verzögern. Die FDP hingegen beantragt die Überprüfung der bestehenden Gebührenordnung bis zur nächsten Budgetsitzung und verlangt, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen.

—
Andreas Schweizer: Ich werde den Antrag nochmals vorlesen, damit sich die Leute noch Gedanken machen können. "Die Arbeitsgruppe Finanzen empfiehlt, die Überprüfung der bestehenden Gebührenordnung vorzuziehen, sollte sich die Teilzonenplanänderung verzögern. Die FDP hingegen beantragt die Überprüfung der bestehenden Gebührenordnung bis zur nächsten Budgetsitzung und verlangt, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen." Wer möchte sich dazu äussern? Jemand von der Kommission, der dabei war?

Ueli Zulauf: Wir müssten Auskunft vom Gemeinderat haben, ob das rechtlich durchführbar ist. Können die Gebühren kostendeckend sein und kann man das in so kurzer Zeit machen?

Max Läng: Das ist ein reiner Prüfungsantrag. Wir können ihn entgegennehmen.

Abstimmung

—
Antrag der FDP-Fraktion: Die FDP beantragt die Überprüfung der bestehenden Gebührenordnung bis zur nächsten Budgetsitzung und verlangt, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

Beratung Ziffer 5.2. Öffentliche Sicherheit

Franziska Grab: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die pauschale Erhöhung bei einer zweiten Befragung durch die Einbürgerungskommission soll von Fr. 250.-- auf Fr. 350.-- erhöht werden. Das ganze ist im Moment nicht kostendeckend.

Andreas Schweizer: Ich habe Mühe mit diesem Antrag. Nicht weil er keine Überprüfung ist, sondern weil er bereits etwas vorausnimmt: Nämlich eine Erhöhung. Wir stimmen heute nicht über Geld ab, sondern über Prüfungsanträge. In diesem Fall müsste man dem Gemeinderat sagen, dass er bei einer Überprüfung die Erhöhung einfliessen lassen soll. Ich denke, wir sollten heute nicht über Geld abstimmen, sonst kommen wir nicht durch den Bericht. Aber Meinungsäusserungen für den Gemeinderat sind in Ordnung. Ich bin der Meinung, ich dürfte den

Antrag nicht entgegennehmen. Es ist eine Meinungsäusserung, die vom Gemeinderat entgegengenommen wird.

Josef Sieber: Die Arbeitsgruppe hat es richtig formuliert, so wie es auf Seite 6 geschrieben steht. Könnte man darüber abstimmen?

Andreas Schweizer: Ich denke, das ändert nichts daran, ob man darüber abstimmt. Es wird überprüft und in welche Richtung es gehen muss, ist auch klar.

Franziska Grab: Wir möchten sicher stellen, dass es wirklich überprüft wird. Es handelt sich im Bericht nur um eine Empfehlung. Wir möchten für das Budget darauf Einfluss nehmen, damit es überprüft wird. Die Befragungen sollen kostendeckend sein. Die zweite Befragung ist zur Zeit wirklich nicht kostendeckend.

Andreas Schweizer: Ich würde eher empfehlen, dass du sagst: Aus dieser Empfehlung soll ein Antrag werden. Dann stimme ich darüber ab. Dann geht es aber nicht um Geld.

Abstimmung

Die Arbeitsgruppe erachtet vor allem die pauschale Erhöhung bei einer zweiten Befragung als knapp und empfiehlt eine Überprüfung aller bestehenden Gebühren.

Die Umwandlung der Empfehlung in einen Antrag wird mit einem klaren Mehr gutgeheissen.

Dieter Lüthi: Es ist keine Empfehlung und kein Antrag, sondern eine Anfrage betreffend Feuerwehrauto: Wir unterstützen selbstverständlich auch, dass dieses Fahrzeug ersetzt wird, wie es auch von dieser Arbeitsgruppe empfohlen wird. Unsere Frage lautet: Ist es möglich, auf die Einwohnerratssitzung in einer Woche abzuklären, ob allenfalls eine Neuausschreibung für das Fahrzeug durchgeführt werden könnte? Das bedingt, dass die Gesetzmässigkeit dieses Vorhabens überprüft würde und ob das Versicherungsamt bereit wäre, die Frist ein wenig hinauszuschieben und ob man das überhaupt will. Die Begründung wäre folgende: In letzter Zeit haben sich die Preise verändert. Zum Beispiel Stahlpreise sind mehr als 25 % gesunken und das Feuerwehrauto ist bekanntlich aus einem gewissen Prozentsatz aus Stahl. Würde allenfalls das Fahrzeug günstiger? Die Preise auf dem Fahrzeugmarkt sind allgemein gesunken. Die Frage ist, ob auch bei diesen Fahrzeugen der Preis gesunken ist. Die Offerte wurde zu einer Zeit erstellt, als noch ein Hochpreisniveau gegolten hat. Heute sieht es etwas anders aus. Vielleicht könnte bei den Zahlungskonditionen noch etwas erwirtschaftet werden.

Hans Rudolf Hess: Wir nehmen die Frage so entgegen und werden an der nächsten Sitzung, wenn das Geschäft traktandiert ist, Antwort geben.

Beratung Ziffer 5.3. Bildung

Andreas Schweizer: Es liegt uns ein Antrag vor. Hinter diesem Antrag steckt ein Haufen Papier, welches Sie in der Beilage finden. Darüber werden wir aber nicht abstimmen. Ich bitte um allfällige Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Silvia Dingwall Stucki: Die SP kann damit leben, dass die Vorschläge der Schulleitung und der Schulpflege für den Abbau von finanziellen Mitteln im Schulbereich geprüft werden. Aber wie im Begleittext der Schulbehörde gut zum Ausdruck kommt, ist die Zitrone, welche mehrmals erwähnt worden ist, weitgehend ausgepresst. Die meisten Massnahmen hätten höhere Folgekosten, zum Beispiel, wenn man bei der Zahnprophylaxe sparen würde. Die meisten Massnahmen würden zu einem Abbau der Standortattraktivität der Gemeinde führen. Junge Leute sollten in der Schule nicht nur facts and figures, also Informationen und Zahlen lernen, son-

dern auch Ausdrucksmöglichkeiten wie Musik, textiles Werken, Theater. Musik kann helfen das auszudrücken, was man mit Worten nicht kann: Trauer, Wut und Freude. In diesem Sinne hat musizieren auch eine präventive Funktion und einen positiven Einfluss auf Lernfähigkeiten, wie wissenschaftliche Studien erwiesen haben. Eine musikalische Ausbildung sollte für alle zugänglich sein. Wenn Elternbeiträge erhöht werden, dann ist dies nicht mehr gewährleistet. Junge Leute müssen auch die Gelegenheit haben, kulturelle und gesellschaftliche Beiträge zu leisten. Das Jugendfest bietet ideale Rahmenbedingungen dafür. Kinder müssen Sozialverhalten lernen. Dafür sind Klassenlager und Skilager sehr geeignet. Kulturgeld für Lager und Schulveranstaltungen könnte als Nebensache betrachtet werden, aber solche Veranstaltungen sind von zentraler Bedeutung für die gesunde und ausgeglichene Entwicklung unserer Kinder. Ich bitte den Gemeinderat, keine Kürzungen in diesen Bereichen zu machen. Aus Sicht der SP ist eine breite Bildung für alle eine wichtige und nötige Investition für die Zukunft von uns allen. Um mein Votum zu unterstreichen, habe ich Ihnen etwas mitgebracht (Silvia Dingwall Stucki spielt ein kurzes Lied auf einer Musikdose vor).

Walter Leder: Im Prinzip kann die CVP all das unterstützen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Wir wollen trotzdem, dass auch der Schulbereich auf Sparmöglichkeiten überprüft wird, und zwar über alle Bereiche. Einzige Bedingung die wir stellen: Die Qualität im Unterricht darf nicht tangiert werden. Vor allem die Kernkompetenzen, welche die Kinder lernen, müssen erhalten bleiben. Wenn es dann allenfalls Sparmöglichkeiten gibt in gewissen Bereichen, zum Beispiel Lager oder Musikschule... Wenn man da und dort etwas einsparen könnte, dann lassen wir gerne mit uns reden. Aber wie gesagt: Die Qualität des Unterrichts darf nicht unter diesen Sparmassnahmen leiden.

Hans Peter Uehli: Ich bewundere das Vorgehen des Schulleiters, wie er den Auftrag der Arbeitsgruppe angenommen und damit erreicht hat, dass wir endlich von der Diskussion der Kosten zur Diskussion der Leistungen kommen. Das ist sehr positiv. Wir müssen nämlich die Leistungen diskutieren. Die Kosten sind die Folgen der Leistungen.

Erich Rinderknecht: Als Direktbetroffener und unter anderem immer noch Skilehrer, aber auch Sozialarbeiter in einem Skilager, ist mir natürlich die Gemeindefinanzstatistik bekannt. Schlagen Sie Kapitel 2, Bildung, auf. Obersiggenthal ist an 24. Stelle, vor Neuenhof und Ennetbaden. Das sagt eigentlich sehr viel aus, dass wir nämlich - obwohl wir über tolle Anlagen verfügen und der Behörde und wie auch der Bevölkerung dafür dankbar sind - das Geld nicht aus dem Fenster werfen. Sonst wären wir nicht an 24. Stelle.

Andreas Schweizer: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wir stimmen heute über den Prüfungsauftrag ab. Wenn man zustimmt, heisst das nicht, dass man hinter all dem steht, sondern, dass man das zuhanden der nächsten Budgetsitzung prüfen und vom Gemeinderat genauer unter die Lupe nehmen lassen will.

Abstimmung

Die Arbeitsgruppe Finanzen beantragt, die von den Schulbehörden Obersiggenthal vorgeschlagenen Kürzungen und deren Auswirkungen durch den Gemeinderat prüfen zu lassen. Der Antrag wird mit grossem Mehr genehmigt.

Beratung Ziffer 5.4. Kultur, Freizeit

Das Wort wird nicht verlangt.

Beratung Ziffer 5.5. Gesundheit

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag für die Ergänzung dieses Spitex-Antrages. Wir sind der Meinung, dass der Antrag ein wenig schwammig formuliert ist und würden dem Einwohnerrat nahe legen, den Antrag wie folgt zu ergänzen:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Benchmark mit den umliegenden Gemeinden zu machen und die verrechenbaren Stunden auf ein branchenübliches Niveau anzuheben.

Andreas Schweizer: Ich denke, wir müssen die beiden Anträge einander gegenüber stellen. Es handelt sich um ein anderes Vorgehen. Eines betrifft Benchmark und eines den Antrag der Arbeitsgruppe, dass man das Gespräch sucht und eine Zielformulierung abgibt.

Peter Stucki: Auch wir sind ein wenig überrascht, dass doch 55 % der Leistungen nicht bei den Bedürftigen erbracht werden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass viele Leistungen nicht verrechnet werden können. Wir wollen den Antrag, wie er hier steht, gutheissen damit das einmal geprüft wird und dass wir darüber sprechen, wie er erhöht werden kann.

Michael Weber: Ich glaube, dass der Antrag wie er hier steht, besser ist. Eine Orientierung, weshalb es nur 45 % verrechenbarer Stunden gibt, wäre sehr interessant. Ich weiss, dass der administrative Aufwand grösser geworden ist, weil man immer mehr erledigen muss, das nichts mit dem Patienten zu tun hat. Vielleicht müsste man dort etwas ändern. Dadurch würde sich dieses Verhältnis wieder verändern, das heisst, es gäbe mehr verrechenbare Stunden. Einfach zu erhöhen.... Es hat ja einen Grund warum der Satz so tief ist. Wir könnten einfach auf 55 % erhöhen, aber ob das dann wirklich durchführbar wäre, ist eine andere Frage. Wenn wir eine Antwort auf die Frage haben, dann könnten wir allenfalls mehr Druck ausüben. Dann sagen wir, dass wir jetzt trotzdem noch konkrete Informationen haben wollen.

Andreas Schweizer: Nachdem ich das nochmals genauer angeschaut habe, habe ich festgestellt, dass ich trotzdem über den Antrag der Arbeitsgruppe abstimmen lasse. Wenn dieser angenommen wird, werde ich den zweiten Antrag der FDP ansetzen. Es gibt keine Gegenüberstellung.

Das Wort wird nicht verlangt.

Der Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen, den Gemeinderat zu beauftragen, mit dem Vorstand der Spitex das Gespräch zu suchen und eine entsprechende Zielformulierung abzugeben. (Dabei sollten die ca. 600 Stunden, die jährlich von Pro Senectute "Hilfe zu Hause" eingekauft werden, berücksichtigt werden) wird mit einem klaren Mehr angenommen.

Der Antrag, der Gemeinderat wird beauftragt, einen Benchmark mit den umliegenden Gemeinden zu machen und die verrechenbaren Stunden auf ein branchenübliches Niveau anzuheben, wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Beratung Ziffer 5.6. Soziale Wohlfahrt

Bettina Lutz Güttler: Ich habe ein Problem mit diesem Antrag. Er ist mir, respektive der CVP-Fraktion zu absolut formuliert. Und zwar ist es ein direkter Auftrag an den Gemeinderat, dies zu streichen. Wir möchten in diesem Moment noch nicht so weit gehen. Wir möchten den An-

trag umformulieren und zwar wie folgt: Der Gemeinderat soll überprüfen, ob die Kosten für die Elternbriefe ganz oder teilweise eingespart werden können. Man könnte zum Beispiel die Briefe nach einem Jahr abbestellen. Es gibt verschiedene Varianten. Mir persönlich hat es immer sehr gut getan, einen Elternbrief zu erhalten.

Denise Hunziker: Wie wir vorhin aus dem Brief der Mütter- und Väterberatung gehört haben, ist es ein allumfassend informierendes Heftchen, kurz, bündig, einfach geschrieben. Auf gut deutsch: Man hat auch als gestresste Mutter mit einem kleinen Baby die Zeit, es zu lesen und ist nicht mit einem riesigen Sachbuch konfrontiert. Für die Mütter- und Väterberatung ist es sicher eine notwendige Ergänzung zur Anlaufstelle. Die von den Eltern geschätzte Broschüre beantwortet nämlich viele Fragen zum Alltag mit Baby und Kleinkind, so dass man eben nicht jeden Mittwoch Nachmittag zur Beratungsstelle gehen muss. Zudem werden auch Mütter abgedeckt, die am Mittwoch Nachmittag arbeiten. Auch diese werden mit den Elternbriefen erreicht. Die Elternbriefe sind für frischgebackene Eltern eine wirklich gute Sache für wenig Geld. Wir finden deshalb, Sie sollten diesem Antrag nicht zustimmen.

Andreas Schweizer: Wir haben zwei Anträge die man einander gegenüber stellen kann.

- Der Antrag der Kommission: Die Arbeitsgruppe Finanzen beantragt deshalb, die Kosten in Höhe von Fr. 2'000 für die Elternbriefe der Pro Juventute einzusparen.
- Der Antrag der CVP-Fraktion: Der Gemeinderat soll überprüfen, ob die Kosten für die Elternbriefe ganz oder teilweise eingespart werden könnten.

In der Eventualabstimmung stellen wir die Anträge einander gegenüber und sehen, welcher obsiegt.

Abstimmung

Der Antrag der CVP, der Gemeinderat soll überprüfen, ob die Kosten für die Elternbriefe ganz oder teilweise eingespart werden könnten, erhält mehr Stimmen als der Antrag der Arbeitsgruppe.

Schlussabstimmung

Der Antrag der CVP, der Gemeinderat soll überprüfen, ob die Kosten für die Elternbriefe ganz oder teilweise eingespart werden könnten, wird mit grossem Mehr angenommen.

Franziska Grab: Es hat hier eine Empfehlung, welche wir gerne in einen Antrag umwandeln möchten.

Antrag

Die SVP-Fraktion beantragt dem Gemeinderat, die bestehenden Natel- und Internetverträge für das Jugendnetz für das Budget 2010 zu überprüfen.

Abstimmung

Die Arbeitsgruppe beauftragt den Gemeinderat, die bestehenden Natel- und Internetverträge für das Jugendnetz auf mögliche Einsparungen hin zu überprüfen.

Die Umwandlung der Empfehlung in einen Antrag wird mit einem klaren Mehr gutgeheissen.

Adrian Schmid: Bei der Lesung ist mir etwas aufgefallen, wozu ich noch ein paar Gedanken äussern möchte, und zwar im Anhang zum Punkt 580.265.05 Jesus lebt Hilfswerk, bei welchem der Rotstift angesetzt wurde. Das Werk heisst seit Mai "Hope Christliches Sozialwerk" und nicht mehr "Jesus lebt Hilfswerk", ist aber immer noch das Gleiche. Das Werk besteht schon 20 Jahre. Die Aufgabe dieses Werks ist vor allem die Gassenarbeit, Beschäftigung, Therapie, Fremdendienst, gemeinnützige Arbeit statt Gefängnisstrafe absitzen, Mittagessen für Gassen- und Nichtgassenleute. Die Leute von Hope haben einen engen Kontakt zu den Gassenleuten. Sie gehen auf sie zu, betreuen und begleiten sie und haben so eine sehr enge Beziehung zu diesen Leuten. An der GV 2006 war der Gastreferent Martin Zulauf, Kommandant der Stadtpolizei Baden. Er sagte, dass die Polizei keine Probleme mehr hat auf dem Bahnhofplatz. Sie müssen viel weniger ausrücken im Zusammenhang mit Problemen, die Randständige machen können. Zu verdanken haben sie das vor allem den Mitarbeitern dieses Werks. Weiter hat Baden keine Notschlafstelle. Die Polizei bekommt manchmal Leute, die keinen Schlafplatz haben. Was machen sie? Sie rufen das Hilfswerk an und bitten dort um Hilfe. Dieses hat im Moment auch keine Notschlafstelle, aber es hat ein Gartenhäuschen im Kappelerhof ohne Wasser und ohne Wärme. Dieses dient häufig für Notschlafstellen. Martin Zulauf ist sehr dankbar um die Arbeit. Für die Polizei ist es eine grosse Entlastung. Die Frage ist oft, wo denn die Leute herkommen. Sie kommen aus den umliegenden Gemeinden von Baden. Auch von Obersiggenthal gibt es einige, die dort ein und aus gehen. Diese Leute profitieren von Hope. Aber nicht nur sie, sondern wir alle. Wir sind sehr froh, dass wir nicht die Situation haben, die man von Zürich vor ein paar Jahren kennt. Jetzt zu meinem Antrag: Wenn man das Budget macht, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das Streichen ein grosser Fehler ist und dass die 2'000 Franken sehr gut investiert sind.

Andreas Schweizer: Das ist eine Meinungsäusserung, aber kein Antrag. Die Anhänge stehen nicht zur Diskussion.

Fabian Humbel, Gemeinderat: Bitte konzentrieren Sie sich heute Abend auf die Entscheidung über Prüfungsanträge. Wir können gerne im Zusammenhang mit dem Budget über alle Inhalte diskutieren. Heute entscheiden wir über Prüfungsanträge. Danke.

Beratung Ziffer 5.7 Verkehr

Erich Rinderknecht: Ich möchte folgende Empfehlung zu einem Antrag umwandeln: "Die Arbeitsgruppe Finanzen empfiehlt dem Gemeinderat, ein Monitoring über die Ausgabenentwicklung vorzunehmen, und sie empfiehlt dem Gemeinderat periodisch über die Kostensituation und die Entwicklung der Einflussfaktoren im ÖV zu berichten. Es soll sowohl über die Kostenentwicklung auf der Auftraggeberseite als auch über die Kostenentwicklung der Leistungserbringerseite berichtet werden." Wir machen gleichzeitig den Vorschlag, dass man das im halbjährlichen Rechenschaftsbericht einfliessen lassen könnte.

Max Läng: Im Rechenschaftsbericht können wir die Berechnung des Kantons selbstverständlich anhängen. Wir selber können kein Monitoring machen.

Erich Rinderknecht: Meine Bemerkung bezieht sich auf die Orientierung, nicht auf die Erstellung eines Monitorings.

Abstimmung

Die Empfehlung der Arbeitsgruppe Finanzen, ein Monitoring über die Ausgabenentwicklung vorzunehmen, und periodisch über die Kostensituation und die Entwicklung der Einflussfaktoren im ÖV zu berichten, wird mit klarem Mehr in einen Antrag umgewandelt.

Hans-Peter Uehli: Ich habe eine Frage zum Nachtparkieren. Können Sie mir sagen, wie gross Aufwand und Ertrag sind und wer die Kontrolle durchführt?

Max Läng: Diese Rechnung wird durch die Stadtpolizei Baden erstellt. Der Ertrag bewegt sich in der Grössenordnung von Fr. 18'000. Den Aufwand zu erheben ist nicht ganz einfach. Aber wir sind zur Zeit an der Überprüfung. Einen Systemwechsel vom heutigen System zum System wie es andere Gemeinden haben, müsste man prüfen. Das heutige System ist von der Kontrolle und vom Umfang her nicht ganz befriedigend.

Andreas Schweizer: Wir haben es aus dem Kommissionsbericht gehört. Es ist eine Empfehlung daraus entstanden.

Patrick Hehli: Zurückkommenend auf die Empfehlung "Monitoring im öffentlichen Verkehr" habe ich noch eine Bitte an die Verkehrskommission oder die Person, welche Einsitz im Regionalen Verkehrsverbund hat. Ich bitte darum, im Hinblick auf die nächste Fahrplanänderung mehr Druck auf die Wirtschaftlichkeit unserer zwei Buslinien zu machen. Wer am frühen Morgen an der Landstrasse steht kann beobachten, dass der Wettinger Bus von Wettingen leer zum Mühleweg nach Untersiggenthal fährt um seine Linie zu beginnen und der Untersiggenthaler Bus bzw. das Postauto, leer nach Wettingen respektive Baden fährt, um die Tour anzufangen. Ich glaube, in der Stadt Zürich ist das nicht mehr erlaubt. Jeder Bus, der aus der Garage fährt, muss auf dem Weg zu seiner Linie bereits Fahrgäste mitnehmen. Ich denke, da ist es ein kleines, den Fahrplan umzugestalten, damit das Postauto auch in Untersiggenthal beginnt, wenn es schon aus dieser Region kommt und der Wettinger Bus auch von Wettingen her die Leute aufsammelt. Das ist meine Bitte. Wenn man heute sieht, was ein Leerkilometer bei einem Nutzfahrzeug kostet, habe ich das Gefühl, fallen die Kosten auch ein wenig tiefer aus. Ich kenne nur den Fall, der unsere Gemeinde betrifft. Wenn man suchen würde, dann kämen wahrscheinlich in unserem Regionalen Verkehrsverbund noch weitere Fälle zum Vorschein.

Max Läng: Eine Ergänzung zum Votum: Es gibt eine Statistik vom Bundesamt für Verkehr. Aus dieser Statistik geht hervor, dass die RVBW überdurchschnittlich gut betreffend durchschnittlichem Kilometerpreis ist. Das heisst aber nicht, dass es keine Leerfahrten oder Dienstfahrten gibt. Die gibt es überall in jedem Busunternehmen. Konkret ist es zum Beispiel so, dass der Bus am Morgen zur Endstation fährt und dort die Leute einsammelt und Richtung Bahnhof fährt. Im Tagesbetrieb braucht es die Gelenkbusse und am Abend werden sie ersetzt durch einfache Busse. Dienst- und Leerfahrten gibt es in jedem Unternehmen. Die Busunternehmer wissen, dass das Geld kostet und planen das entsprechend ein. Patrick, wenn du noch mehr Auskünfte möchtest, kann ich dir diese Unterlagen liefern.

Beratung Ziffer 5.8 Umwelt, Raumordnung

Andreas Schweizer: Hier gibt es den Antrag, die Schiebertafeln und Sickerleitungen um zwei Jahre hinauszuschieben.

Erich Rinderknecht: Dazu habe ich eine Frage: Es ist als Antrag der Arbeitsgruppe festgelegt. Aber kann das überhaupt ein Antrag sein in Bezug auf die Schiebertafeln, weil diese im Budget 2009 bereits bewilligt worden sind? Müsste man das nicht umkehren und sagen, dass es eine Empfehlung ist und man das Geschäft nochmals prüft und so verteilt, dass das Geld zu einem anderen Zeitpunkt ausgegeben wird. Ist das so? Haben wir das nicht bereits im Budgetprozess bewilligt?

Fabian Humbel: Es ist richtig, es ist eigentlich im Budget bereits bewilligt. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Geld ausgeben müssen. Wir werden es gerne prüfen.

Abstimmung

Der Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen, die Anschaffung der Schiebertafeln zu überprüfen sowie die Sickerleitungen um zwei Jahren nach hinten zu verschieben, wird mit klarem Mehr gutgeheissen.

Josef Sieber: Es gibt noch weitere typische Ziele, welche überprüft werden müssen. Ich stelle den Antrag, die Empfehlungen in Anträge umzuwandeln.

Andreas Schweizer: Josef Sieber hat das gerade in einem Zug gemacht. Ich mache das auch so.

Abstimmung

Die beiden Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzen, im Bereich Abfallbewirtschaftung die Gespräche in Sachen regionale Zusammenarbeitsmöglichkeiten eng zu begleiten und gleichzeitig im Vorstand von Baden Regio einen entsprechenden, unterstützenden Vorstoss zu tätigen, sowie parallel zum Vorstoss zu prüfen, ob ein Submissionsverfahren für die Vergabe der Abfallentsorgung vorgezogen werden sollte, werden mit grossem Mehr zu Anträgen umgewandelt.

Beratung Ziffer 5.9. Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 5.10. Finanzen, Steuern

Hans Peter Uehli: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, die Empfehlung der Arbeitsgruppe Finanzen in folgenden Antrag umzuwandeln:

Antrag:

Der Gemeinderat erteilt der Finanzverwaltung den Auftrag, bei der Neuaufnahme von Krediten die Fälligkeitsstruktur so anzupassen, dass mindestens 1/3 der Kredite kurzfristige Laufzeiten (kleiner 2 Jahre) besitzen, sofern sich die Inversion der Zinsstruktur nicht grundsätzlich verändert.

Weil die Mehrheit der Kapitalmarktteilnehmer davon ausgeht, dass die Zinsen steigen werden, hat die Zinsstrukturkurve seit Jahren einen inversen Verlauf. Die aktuelle Zinsstrukturkurve von Reuters zeigt einen Zinsfuss für Staatsanleihen auf 12 Monate von 0.5 % und von 9 Jahren von 2.0 %, so dass mit kurzfristigen Krediten Zinskosten gespart werden könnten. In der Rechnung 2007 wird bei 14 Millionen kurz- und langfristigen Schulden ein Kapitaldienst von rund 440'000 Franken ausgewiesen. Das lässt auf einen durchschnittlichen Zinsfuss von 3.1 bis 3.5 % schliessen. Im Budget 2009 werden die Schuldzinsen mit 730'000 Franken angegeben. 1.5 % von 20 Millionen Franken sind immerhin etwa 300'000 Franken. Interessant dazu ist der Bericht der Finanzkommission zur Rechnung 2004 zu Händen des Gemeinderates, in welchem steht: Die mittel- und langfristigen Schulden betragen 100 %, weil alle kurzfristigen Schulden amortisiert werden konnten. Die Zinskosten könnten noch tiefer sein, wenn die jüngste Ablösung eines langfristigen Kredits mit gestaffelten kurzfristigen Krediten erfolgt wäre. Mittelfristig soll wieder das Schulden-Verhältnis kurzfristig 1/3 und langfristig 2/3 erreicht werden, zum Beispiel mit der Ablösung von 2 Millionen Franken (August 2005) durch kurzfristige Kredite.

Max Läng: Der Antrag muss lauten: An den Gemeinderat, und nicht an die Finanzverwaltung. Die Geldentnahmen machen wir nicht alleine, sondern in Absprache mit der Finanzkommission. Hans-Peter Uehli kann schon sagen, dass es jetzt günstiger wäre. Aber am 1. Januar 2008 mussten wir 8 Millionen Franken aufnehmen und wir konnten nicht warten bis die Zinssätze günstiger waren. Wenn man über all die Jahre sieht, wie wir mit unseren Schulden dastehen, sind wir immer günstig gefahren. Das Verhältnis 2/3 zu 1/3 wird immer diskutiert. Aufgrund der anderen Zinsentwicklung mussten wir feststellen, dass wir diese 2/3 zu 1/3 nicht einhalten können, weil die Zinssätze nicht wie in früheren Jahren langfristig tiefer und kurzfristig höher sind. Wir können das nachweisen und überprüfen, aber so Geld sparen wie das vorgeschlagen wird, ist nicht möglich. Wenn man Geld haben muss, dann kann man mit der Kreditaufnahme nicht warten. Wir haben das Geld zu einem sehr günstigen Zinssatz aufgenommen. Wer hat Anfang des letzten Jahres wissen können, dass die Zinsen dermassen sinken?

Adrian Schmid: Ich habe zur Empfehlung noch eine Verständnisfrage: Wie ist bei der Liegenschaft Ebni der Stand der Verkaufsverhandlungen?

Hans-Ulrich Schütz: Ich möchte den Gemeinderat in Bezug auf seine Aussage zu den Finanzmarktentwicklungen unterstützen. Wenn man die Kapriolen des Finanzmarktes in den letzten zwanzig Jahren ansieht, dann muss ich sagen, wenn es irgendwo einen Platz gibt für Empfehlungen, dann ist es hier. Aber einen Antrag...?! Max Läng hat es deutlich gesagt: Wer glaubt, er könne die Zinsentwicklungen über mehrere Jahre hinweg mit Sicherheit abschätzen, der wird auch in Zukunft auf die Nase fallen.

Andreas Schweizer: Können wir abstimmen? Es ist eine Gegenüberstellung. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe, die grundsätzlich definierte Fälligkeitsstruktur (1/3 kurz-, 2/3 langfristig) wieder anzustreben wird dem Gegenantrag von Hans-Peter Uehli gegenübergestellt: "Der Gemeinderat erteilt der Finanzverwaltung den Auftrag, bei der Neuaufnahme von Krediten die Fälligkeitsstruktur so anzupassen, dass mindestens 1/3 der Kredite kurzfristige Laufzeiten (kleiner als 2 Jahre) aufweisen, sofern sich die Investition der Zinsstruktur nicht grundsätzlich verändert." Das ist sehr viel verbindlicher.

Ueli Zulauf: Der Ratspräsident hat eingangs der Sitzung gesagt, es würden keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst. Gilt das für diese Abstimmung nicht?

Hans-Peter Uehli berichtigt seinen Antrag und **Andreas Schweizer** verzichtet auf die Gegenüberstellung der beiden Anträge. Über den Antrag von Hans-Peter Uehli wird nicht abgestimmt. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe Finanzen wird jedoch dem Einwohnerrat zur Umwandlung in einen Auftrag unterbreitet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Empfehlung der Arbeitsgruppe, die grundsätzlich definierte Fälligkeitsstruktur (1/3 kurz-, 2/3 langfristig) sei wieder anzustreben, wird mit klarem Mehr in einen Antrag umgewandelt.

Andreas Schweizer: Die Frage von Adrian Schmid betreffend die Liegenschaft Ebni ist noch offen.

Max Läng: Die Liegenschaft Ebni möchten wir seit Jahren verkaufen. Es ist eine Frage des Preises. Wir haben eine andere Preisvorstellung. Wir haben das Gebäude schätzen lassen und im Moment gibt es Angebote von 200'000 Franken. Wir streben mindestens das Doppelte an. Das ist die Problematik. Wir sind seit Jahren immer wieder am Ausschreiben aber wir haben noch keinen Käufer.

Adrian Schmid fragt nach der Grösse der Parzelle.

Hans-Rudolf Hess: Die Parzellengrösse ist mir nicht bekannt. Der Kauf und das Angebot waren so definiert, dass für eine allfällige Kleintierhaltung oder sogar Pferdehaltung ein grösserer Umschwung dazugegeben werden könnte.

Beratung Ziffer 6. Investitionsplan

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.1. Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.2. Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.3. Bildung

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.4. Kultur, Freizeit

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.5. Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.6. Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.7. Verkehr

Andreas Schweizer: Unter diesem Punkt hat es drei Anträge. Ich stelle den ersten zur Diskussion. Das ist die Sanierung Schrägerweg mit Investitionskosten von Fr. 160'000. Die Arbeitsgruppe Finanzen beantragt die Streichung dieser Investition.

Dieter Martin: Aufgrund der Wichtigkeit des Schrägerweg zum Kappisee als Arbeits- oder Spazierweg, für Fussgänger, Zweiradfahrer und Personen mit Kinderwagen als eine direkte Verbindung nach Baden, beantragt die FDP-Fraktion dem Einwohnerrat, den Antrag der Arbeitsgruppe zur Streichung der Sanierung des Schrägerweg zum Kappisee abzulehnen.

Peter Frey: Als langjähriger Velofahrer bin ich viele Jahre froh gewesen um diesen Schrägerweg. Wir haben neu ein Naherholungsgebiet Kappisee und der Schrägerweg führt zu diesem Gebiet. Ich finde es schade, wenn die Sanierung nun hinausgeschoben wird weil die Finanzen knapp sind. Aber der Mehrhaldenweg ist aufgrund seines Verlaufs unpraktisch. Er ist ziem-

lich gefährlich. Ich fände es schade, wenn man die Sanierung streicht und ich finde, die Gemeinde kann es sich leisten, das Naherholungsgebiet mit dem Weg gesamthaft zu unterhalten.

Ueli Zulauf: Ich schliesse mich meinem Vorredner an und bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Schrägerweg hat nach der Eröffnung der Siggenthaler Brücke zwar als Veloverbindung an Bedeutung verloren. Aber für die Erschliessung des Naherholungsgebietes Kappisee und als quartierinterne Verbindung ist er wichtig.

Peter Frey: Wir haben immer von Schieben von Investitionen geredet. Allenfalls können Experten beurteilen, ob der Weg schnell saniert werden muss oder ob allenfalls die Investition um ein bis zwei Jahre verschoben werden könnte. Das würde wiederum eine Erleichterung bringen.

Fabian Humbel: Ich weiss gerade nicht auswendig, bei welcher Jahreszahl dieser Betrag eingesetzt ist, aber wir haben den Schrägerweg vor kurzem mit provisorischen Massnahmen verstärken müssen, weil der Zustand nicht gut ist.

Patrick Hehli: Auch wenn meine Vorredner gegen den Antrag der Arbeitsgruppe sind, möchte ich trotzdem noch etwas dazu ausführen. Wir von der Arbeitsgruppe sind auf diesen Antrag gekommen, weil vor ein oder zwei Jahren im Zusammenhang mit der Radwegverbindung Hanfgarten die damaligen Gegner mit der Begründung des kantonalen Radnetzes und der neuen Siggenthalerbrücke wegargumentiert worden sind. Das trifft auch zu, wie man heute beobachten kann. Die meisten fahren über die neue, schöne, stauvolle Siggenthaler Brücke. Für die Velofahrer hat es keinen Stau, also auch kein Problem. Wenn ich mit der Familie mit dem Velo nach Baden gehe, wähle ich den offiziellen Radweg und schenke mir die Anstrengung, meine Kinder den Weg hinaufstossen zu müssen. Zur Naherholung: Es ist ein schönes Naherholungsgebiet. Aber wenn ich mich erhole, dann habe ich Zeit und nehme mir Zeit. Deswegen sind wir auch der Meinung, die Fussgänger können über den Entenguck zum Kappisee gelangen. Personen mit Fahrrädern, Kinderwagen oder Rollstühlen haben Zeit, um über den Talacker und Kindergarten Talacker an der Limmat entlang oder eben über die Mehrhaldenstrasse zum Kappisee zu gelangen. Wenn ich mich erhole, dann habe ich Zeit und kann mir diese Zeit auch nehmen. Deswegen bitte ich euch, dem Antrag der Arbeitsgruppe zuzustimmen.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass der Weg beibehalten und nicht gestrichen werden soll.

Abstimmung

Der Antrag der Arbeitsgruppe, die Sanierung des Schrägerwegs mit Investitionskosten von Fr. 160'000 zu streichen, wird mit 24 Ja- zu 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Andreas Schweizer: Ich stelle den zweiten Antrag zur Diskussion: Die Investition für die K114 Kreisel/Pförtneranlage Kirchdorf sei zu verschieben.

Max Läng: Die Bevölkerung ist sehr stark betroffen vom Lärm. In den letzten Jahren haben wir den Kanton gedrängt. In der Arbeitsgruppe haben wir verschiedene Varianten studiert und das Projekt liegt jetzt vor. Warum machen wir das Projekt überhaupt? Der Grund liegt darin, dass wir starke Verkehrszunahmen haben. Nach der Eröffnung der Siggenthaler Brücke konnten wir problemlos und praktisch ohne Stau mit dem ÖV nach Baden fahren. In den letzten Jahren zeigt es sich, dass aufgrund der Verkehrszunahme plötzlich die Stauräume beim Landeschreiber voll sind, sogar bis in die Schützenstrasse Richtung Untersiggenthal. Unser Bus steht jetzt vor allem im November/Dezember still und die Anschlusszeiten am Bahnhof Baden können nicht mehr sichergestellt werden. Das ist der Grund, oder einer der Gründe, warum wir,

wenn wir wieder eine Fahrplansicherheit haben wollen, zusätzliche Stauspuren benötigen. Der Stauraum ist von der Wiedackerstrasse Richtung Untersiggenthal geplant. Die vom Aaretal und Untersiggenthal her kommenden Autos werden dort und beim Landschreiber gestoppt und der Bus kann vorbei fahren und fahrplangerecht nach Baden gelangen. Das ist die Auswirkung dieses Projekts und der Kanton zeichnet als Bauherr. Wir müssen zwangsläufig mit den zuständigen kantonalen Stellen sprechen. Es wird ein Problem geben mit der Fahrplansicherheit. Wir müssen dem Kanton sagen, dass wir den Kreisel zeitlich schieben möchten. Der Kanton kann uns vermutlich nicht zum Bau verpflichten, aber es widerspricht völlig unserem Vorgehen.

Marie-Louise Nussbaumer: Der Vorschlag widerspricht auch einer anderen Empfehlung des Kantons. Er ist im Moment an der Überprüfung, ob aufgrund der konjunkturellen Situation Projekte vorgezogen werden können. Das widerspricht natürlich unseren Bedürfnissen, ist aber bei dieser Entscheidung auch abzuwägen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen, die Investition für die K114 Kreisel/Pförtneranlage Kirchdorf für Fr. 780'000 sei zu verschieben und zwar je Fr. 390'000 auf die Jahre 2012 und 2013, wird mit klarem Mehr angenommen.

Andreas Schweizer: Der dritte Antrag: Die Strassenlärmsanierung Hertenstein sei auf das Jahr 2012 zu verschieben. Vielleicht könnte noch jemand erläutern, was mit der Lärmsanierung gemeint ist?

Max Läng: Das ist dasselbe, was an der Landstrasse aufgrund der Lärmschutzverordnung durchgeführt worden ist. Man hat Messungen und Berechnungen gemacht und der Kanton hat bei den betroffenen Liegenschaften Lärmschutzmassnahmen umgesetzt. In erster Linie wird das die Finanzierung von Lärmschutzfenstern betreffen. Das ist an der Landstrasse bereits erfolgt. Dasselbe kommt jetzt an der Hertensteinstrasse. Es trifft dort halt die Bewohner und da müsste man mit dem Kanton diskutieren, ob das rechtlich möglich ist.

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung

Der Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen, die Strassenlärmsanierung Hertenstein für Fr. 408'000 sei auf das Jahr 2012 zu verschieben, wird mit klarem Mehr angenommen.

Beratung Ziffer 6.8. Umwelt, Raumordnung

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.9. Umwelt, Raumordnung

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 6.10. Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 7. Auswirkungen des Abschlusses 2008

Keine Wortmeldungen.

Beratung Ziffer 8. Strategische Überlegungen

Keine Wortmeldungen.

Beratung Vollamt des Gemeindeammann

Keine Wortmeldungen.

Beratung Kommunikation der Finanzsituation

Dieter Martin: Aufgrund der gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit der kürzlichen Steuererhöhung möchte ich die Empfehlung in einen Antrag umwandeln. Uns scheint es wichtig, dass man sich Gedanken macht, wie man besser über unsere Finanzen informiert.

Andreas Schweizer: "Die Arbeitsgruppe Finanzen empfiehlt dem Gemeinderat, die Kommunikationspolitik betreffend die Gemeindefinanzen von Obersiggenthal zu überdenken und ein 'Informationskonzept für die Finanzpolitik' zu erstellen" soll ein Antrag werden?"

Ueli Zulauf: Ich unterstütze diesen Antrag und möchte noch eine Ergänzung anbringen: Es wäre sinnvoll, wenn man etwa in der Jahresmitte einen Rechnungs-Zwischenabschluss machen und das Ergebnis veröffentlichen würde. Beim Bund wird das schon seit Jahren gemacht.

Andreas Schweizer: Ich verstehe das so, dass du im Informationskonzept noch mehr Informationen einbinden möchtest, aber dass der Antrag so bleibt.

Abstimmung

Die Empfehlung "Die Arbeitsgruppe Finanzen empfiehlt dem Gemeinderat, die Kommunikationspolitik betreffend die Gemeindefinanzen von Obersiggenthal zu überdenken und ein 'Informationskonzept für die Finanzpolitik' zu erstellen" wird mit klarem Mehr in einen Antrag umgewandelt.

Beratung Fazit

Keine Wortmeldungen.

Beratung Weiteres Vorgehen

Keine Wortmeldungen.

Andreas Schweizer: Der Gemeinderat stellt folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat entscheidet über welche Empfehlungen und Anträge der Gemeinderat im Rahmen des Voranschlags Bericht und Antrag erstatten wird.

Dem obgenannten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Andreas Schweizer: Ich habe drei kurze Bemerkungen:

Sie haben bemerkt, dass es keine Pause gegeben hat. Da wir zügig vorankamen und gut in der Zeit lagen, habe ich keine Pause gemacht.

Es gibt kein Traktandum Verschiedenes. Das ist am nächsten Donnerstag wieder vorgesehen.

Den Leuten in der Arbeitsgruppe, die in sechs Wochen beachtliche Arbeit geleistet haben, welche auch allgemein anerkannt worden ist, möchte ich ganz herzlich danken. Es haben alle gearbeitet, aber am meisten hat Peter Marten geleistet. Er hat das Papier verfasst. Ich möchte nochmals ganz herzlich danken.

Dieter Martin: Müssen die Fackeln an den Marsch mitgebracht werden oder werden diese zur Verfügung gestellt?

Max Läng: Wir werden die Fackeln zur Verfügung stellen.

Erich Rinderknecht: Wir haben erstmals eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung durchgeführt und wir als FDP-Fraktion haben das gewollt. Ich möchte jetzt - auch den Gemeinderat - offen fragen: Hat sich das Verfahren nur als Belastung erwiesen oder ist es eventuell doch ein Gewinn? Wir hatten den Antrag, die Beratung an der Sitzung vom 19. März 2009 abzuhalten. Wenn ich jetzt den Abend so erlebe, dann glaube ich nicht, dass wir das in dieser Art hätten machen können. Könnte das weiterhin ein Instrument sein, so zusammenzuarbeiten? Das war unser Sinn und wir sind im Rat angegriffen worden mit "Das könnt ihr doch nicht machen!" Ich habe das Gefühl, die Arbeitsgruppe hat das sehr wohl machen können, auch zum Wohl von euch. Sie haben euch entlastet, sie haben uns aber auch Arbeit gegeben. Aber ich glaube, dass wir unserer Bevölkerung, welche in letzter Zeit so viel über die Finanzen zu hören bekommen hat, schuldig sind zu zeigen, dass wir uns ganz intensiv mit diesen Geschäften auseinandersetzen und nicht einfach ins Blaue Entscheide fällen. Ich hätte gerne eine Antwort, vielleicht aus Fraktionen oder vom Gemeinderat.

Max Läng: Der Einwohnerrat, also das Parlament, erteilt die Aufträge und in diesem Sinne ist das keine Belastung für uns sondern ein Auftrag den der Gemeinderat umzusetzen hat. Wir haben uns nie dagegen gewehrt. Die Prüfung, die gemacht wurde, hat Punkte aufgezeigt, welche wir seit Jahren immer wieder diskutiert haben. Jetzt sind die Diskussionen sicher intensiver beziehungsweise sie werden vor allem intensiver in Bezug auf die Budgetphase. Die Information, welche wir der Bevölkerung geben, ist damit intensiviert worden und in diesem Sinne ist das ein grosser Gewinn. Wenn es wieder einmal nötig sein sollte und der Einwohnerrat wieder einen Auftrag erteilt, wir der Gemeinderat diesen selbstverständlich entgegennehmen. Es ist ein gutes Verfahren.

Andreas Schweizer: Ich möchte noch zu bedenken geben: Die Stunde der Wahrheit kommt dann mit dem Budget...

Walter Leder: Ich fand es auch eine gute Sache. Es ist jetzt 21.00 Uhr und wir haben zwei Stunden diskutiert und beraten. Es hat sich gelohnt, dies zu machen. Ich möchte allen danken,

die hier involviert gewesen sind. Zum Schluss möchte ich noch daran erinnern: Es war die Motion von Linus Egger und nicht der FDP.

Erich Rinderknecht: Wir haben uns abgesprochen. Ihr habt ja so eine grosse Motionsflut gehabt, dass ihr ein paar abschreiben durftet. Die dürft ihr nun auf eure Kränze nehmen, das ist mir egal.

Hans-Ulrich Schütz: Erich Rinderknecht will die Meinung der Fraktion hören. Diese kann ich zwar nicht abgeben, aber ich kann meine Meinung äussern. Unser Anliegen war immer, dass man die Sachen untersucht. Der Punkt, den wir angebracht haben war, dass wir eigentlich eine Finanzkommission haben, die in der Lage ist, die Prüfung zu machen. Ich anerkenne absolut die von der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit. Aber unter dem Strich hat nicht viel mehr resultiert als man bereits vorher schon gewusst hat. Die Arbeitsgruppe hat festgestellt, dass die Gemeinde gut und effizient arbeitet. Auch heute Abend hat sich gezeigt, an der Zitrone gibt es nicht sehr viel auszupressen. Es war eine gute Übung, eine psychohygienische Übung auch für den Rat. Von daher keine Kritik und der Dank an alle, die sich diesem gewidmet haben. Ich möchte aber trotzdem noch etwas beifügen: Es ist an sich zu Recht erwähnt worden, dass bezüglich Budgetierung der Einnahmen Jahr für Jahr Unsicherheiten feststehen und man immer besser abgeschlossen hat als budgetiert. Das ist an sich ein störender Faktor und ich habe Verständnis, dass gewisse Komponenten wie Steuereinnahmen schwer einzuschätzen sind. Es gibt aber noch einen anderen Faktor, den ich bei dieser Gelegenheit erwähnen möchte. Ich bin etwa 10 Jahre in diesem Rat und es gibt einen roten Faden. Der Faden heisst: In dieser Gemeinde kann man sparen bis zum geht-nicht-mehr. Das Resultat ist widerlegt worden. Aber bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist die Botschaft "Die Gemeinde kann dann schon sparen" wahrscheinlich noch immer in den Köpfen. Da darf man sich natürlich nicht wundern, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei Steuererhöhungen zurückhaltend sind, weil sie nicht glauben, dass Bedarf besteht. Neben dem berechtigten Argument, dass man versuchen muss, die Einnahmen besser zu budgetieren wäre das zweite Argument, der Bevölkerung nicht Jahre vorzupredigen, die Gemeinde könne effizienter arbeiten. Da braucht es auch eine gewisse Zurückhaltung. Ich bin sehr froh, dass diese Arbeitsgruppe, durch alle Parteien vertreten, festgestellt hat, dass die Gemeinde gut arbeitet. Das ist die Botschaft, die wir schon seit etwa 10 Jahren vertreten.

Andreas Schweizer: Damit wären wir endgültig am Schluss und ich hoffe, es kommen noch viele ins Restaurant Neuhaus. Ich wünsche allen einen schönen Abend und wir sehen uns in einer Woche wieder.

Der Präsident:

Andreas Schweizer:

Der Protokollführer:

Stefan Ackermann